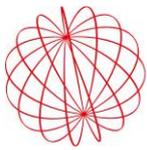


Sessionsvorschau Wintersession 2020 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Wintersession sind zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen: Im **Nationalrat** befassen sich gleich mehrere Vorstösse mit Kinderschutz. Mit einem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert in einem Bericht darzustellen, wie der [Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung](#) im ZGB verankert werden kann. Bisherige Vorstösse für ein Verbot von Körperstrafen wurden abgelehnt und auch der Bundesrat sah bisher keinen Handlungsbedarf. Dieses Postulat wird vom Bundesrat jedoch zur Annahme empfohlen. Ein weiteres Postulat will, dass der Bundesrat aufzeigt, wie vorhandene [Daten zur Prävalenz und zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern](#) zu einer gesamthaften Statistik zusammengeführt und ausgewertet werden könnten. Dies entspricht einer Empfehlung des UN-Kinderrechtsausschuss an die Schweiz und auch der Bundesrat hielt in Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket zur Umsetzung der Empfehlungen fest, dass dies ein vordringliches Ziel sein müsse. Das Postulat empfiehlt er dennoch zur Ablehnung. Weiter wird der Nationalrat auch eine Motion beraten, die fordert, dass [Drohungen gegen Kinder im häuslichen Umfeld von Amtes wegen verfolgt](#) werden sollen. Im Gegensatz zur Drohung zwischen Lebenspartnern, die als Officialdelikt gelten, werden Täter oder Täterinnen, welche Kinder im häuslichen Umfeld durch eine Drohung gemäss Artikel 180 StGB in Schrecken oder Angst versetzen, zurzeit nicht von Amtes wegen verfolgt. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Schliesslich fordert eine Motion [Qualitätsstandards für Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutz](#). Einen [Ausbau von Unterstützungsangeboten für gewaltbetroffene Geflüchtete in den Bundesasylzentren](#) fordert eine Motion der nationalrätlichen staatspolitischen Kommission. Insbesondere der aktuellen Knappheit an spezialisierten psychologischen und insbesondere kinder- und jugendpsychiatrischen Angeboten soll damit entgegengewirkt werden. Der Nationalrat wird sich wiederum mit dem [Tabakproduktegesetz](#) befassen, in dem unter anderem der Jugendschutz verstärkt werden soll. Unbestritten ist dabei eine Schweizweite Ausdehnung des Verkaufsverbots von Tabakwaren an Minderjährige. Diskutiert wird nach wie vor, wie der Jugendschutz mit einem teilweisen Werbeverbot für Tabakwaren verstärkt werden kann. Nachdem ein Werbeverbot erst vom Parlament abgewiesen worden ist, wird es jetzt wieder stärker diskutiert.

Der **Ständerat** befasst sich erneut mit der vereinfachten [Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#). Mit der Gesetzesänderung sollen betroffene Personen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen rasch und unbürokratisch ändern können. Dies gilt allerdings nur für Erwachsene, für Kinder werden die Hürden erhöht. Fach- und Kinderrechtsorganisationen forderten, dass der Nationalrat Anpassungen zu Gunsten der Kinderrechte an der Vorlage vornimmt (vgl. den [Webbeitrag](#) des Netzwerks Kinderrechte dazu), was dieser getan und den fraglichen Artikel gestrichen hat. Der Ständerat wird sich nun erneut mit der Frage befassen, ob bei Minderjährigen für die Änderung die Zustimmung der Eltern oder der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist. Weiter wird sich der Ständerat mit der [Situation von Personen ohne geregelten Status](#) während der aktuellen Covid-19-Pandemie befassen (z.B. *Sans-Papiers*). Ein entsprechendes Postulat fordert den Bundesrat auf, pragmatische Lösungen für Unterstützungsmöglichkeiten und für die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen vorzuschlagen, um diese Menschen zu unterstützen, die weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zu ordentlicher Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem haben. Davon betroffen sind insbesondere auch Kinder und Jugendliche. Schliesslich befasst sich der Ständerat erneut mit der parlamentarischen Initiative «[Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene](#)», die er bereits angenommen hatte. Jedoch ist der Nationalrat nicht auf den Vorstoss eingetreten. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR lehnten diese Neuerung ab.

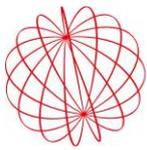
Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
30.11.2020	01.12.2020	02.12.2020	03.12.2020	04.12.2020
Geschäft des BR	Parl. Initiative Grünliberale Fraktion			
Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschä- digung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen	Ehe für alle			
18.092	13.468			
	Geschäft des BR			
	ZGB. Änderung des Ge- schlechts im Personen- standsregister			
	19.081			



Sessionswoche 2

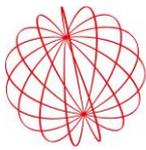
Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.12.2020	08.12.2020	09.12.2020	10.12.2020	11.12.2020
Geschäft des BR	Geschäft des BR	Motion	Motion	
Bundesgesetz über Tabakprodukte	Bundesgesetz über Tabakprodukte	Frei Daniel Qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenen-schutzrecht	Wüthrich Adrian Einheitliche Regeln für den privaten Unterricht (Homeschooling)	
15.075	15.075	19.3219	19.3189	
Geschäft des BR		Motion		
Ev. ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister		Feri Yvonne Drohung gegen Kinder soll von Amtes wegen verfolgt werden		
19.081		19.3241		
		Postulat		
		Bulliard-Marbach Christine Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung		
		20.3185		

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.12.2020	08.12.2020	09.12.2020	10.12.2020	11.12.2020
		Motion		
		Rytz Regula Breit angelegte Präventionskampagne gegen Sexismus		
		19.3869		
	Motion			
	WBK-SR Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle			
	20.3080			



Sessionswoche 3

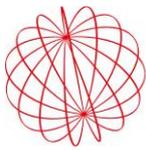
Nationalrat

Montag 14.12.2020	Dienstag 15.12.2020	Mittwoch 16.12.2020	Donnerstag 17.12.2020	Freitag 18.12.2020
Geschäft des BR		Petition	Geschäft des BR	Parl. Initiative
Bundesgesetz über Tabakprodukte 15.075		Eine Lehre - Eine Zukunft 19.2033	Bundesgesetz über Tabakprodukte 15.075	Kessler Margrit Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter 15.434
Postulat Feri Yvonne Zugang zu Verhütung für alle garantieren 18.4228		Motion SPK-NR Unterstützung von gewaltbetr. Geflüchteten in den Bundesasylzentren sicherstellen 20.3924	Standesinitiative Integrationskosten 19.303	
Postulat Feri Yvonne Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt 19.3119		Motion SPK-NR Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren. Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid 20.3925	Motion Walliser Bruno Steuerfreie Kinderzulagen 19.3027	

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag 14.12.2020	Dienstag 15.12.2020	Mittwoch 16.12.2020	Donnerstag 17.12.2020	Freitag 18.12.2020
			Parl. Initiative Müller Philipp Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene 16.403	
			Motion Baume-Schneider Elisabeth Situation der Menschen ohne recht. geregelten Status berücksichtigen 20.3420	
			Postulat Vara Céline Synth. Pestizide. Hirntumore und Atemwegserkrankungen bei Kindern 20.4166	



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Wintersession 2020

Geschäft des Bundesrates

15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

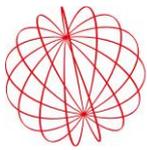
Das Tabakproduktegesetz soll unter anderem auch den Jugendschutz verstärken. Unbestritten ist dabei eine Schweizweite Ausdehnung des Verkaufsverbots von Tabakwaren an Minderjährige. Diskutiert wird nach wie vor, wie der Jugendschutz mit einem teilweisen Werbeverbot für Tabakwaren verstärkt werden kann. Nachdem ein Werbeverbot vom Parlament abgewiesen worden ist, wird es jetzt wieder stärker diskutiert. Die aktuelle Vorlage sieht differenzierte Werbebeschränkungen für Tabakprodukte vor. So wird diese in der Presse und auf Internetseiten verboten, die sich an Minderjährige richten, bleibt sonst aber erlaubt. Werbung in Kinos und im öffentlichen Raum soll weitgehend verboten werden, ebenso von öffentlichem Grund einsehbare Plakatwerbung. Auch Sponsoring soll bei Veranstaltungen für Minderjährige verboten werden.

Geschäft des Bundesrates

18.092

Erwerbssersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

Mütter, deren Kinder direkt nach der Geburt mehr als drei Wochen im Spital verbleiben müssen, sollen länger Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung haben. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz verabschiedet. Damit erfüllt er einen Auftrag des Parlaments. Das Erwerbssersatzgesetz (EOG) sieht bereits heute vor, dass der Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung aufgeschoben werden kann, wenn das Neugeborene direkt nach der Geburt länger als drei Wochen im Spital bleiben muss. Allerdings sieht das EOG für die Dauer des Spitalaufenthalts des Neugeborenen keinen Erwerbssersatz für die Mutter vor und auch die Maximaldauer des Aufschubs ist nicht geregelt. Der Ständerat hat der Vorlage des Bundesrates zugestimmt. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat der Vorlage zu, jedoch mit zwei Differenzen: Im Gegensatz zu Ständerat und Bundesrat beantragt der Nationalrat, dass die Leistung Müttern bereits zusteht, wenn das Baby nach der Geburt ununterbrochen während mindestens zwei Wochen im Spital bleiben. Im Gegensatz zum Ständerat beantragt der Nationalrat zudem, dass die Verlängerung der Entschädigung nur für Mütter gilt, die nach dem Urlaub nachweislich wieder ins Erwerbsleben zurückkehren werden. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.



Geschäft des Bundesrates

19.081

ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister

Der Bundesrat will den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Transidentität oder einer Variante der Geschlechtsentwicklung besser Rechnung tragen. Betroffene Personen sollen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen mittels Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten rasch und unbürokratisch ändern können. Minderjährige Personen benötigen die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Eine vorgängige medizinische Untersuchung oder andere Vorbedingungen sind nicht notwendig. Heute müssen betroffene Menschen hohe Hürden überwinden und die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung gerichtlich feststellen lassen. Die Verfahren sind oftmals langwierig und uneinheitlich, da keine klare gesetzliche Regelung besteht. Der Entwurf stellt die binäre Geschlechterordnung (männlich/weiblich) nicht in Frage; es wird keine dritte Geschlechtskategorie eingeführt. Der Bundesrat setzt sich gegenwärtig jedoch mit der Frage nach der Einführung eines dritten Geschlechts auseinander. Er erstellt in Erfüllung der Postulate 17.4121 und 17.4185 derzeit einen Bericht. Gemäss einer Studie des schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) werden pro Jahr in der Schweiz rund 20 - 100 Kinder geboren, deren Geschlecht nicht eindeutig bestimmt werden kann. Der Ständerat folgte der Vorlage des Bundesrates. Auch der Nationalrat hiess die entsprechende Anpassung des Zivilgesetzbuches mit 121 zu 61 Stimmen bei 13 Enthaltungen gut. Die Vorlage geht aber mit einer Differenz zurück an den Ständerat. Noch geklärt werden muss die Frage, ob bei Minderjährigen für die Änderung die Zustimmung der Eltern oder der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist. Bis anhin konnten urteilsfähige Kinder den Antrag auf Änderung des amtlichen Geschlechts und Namens selbst stellen. Nach Meinung von Bundesrat und Ständerat wären sie auf die Zustimmung ihrer Eltern oder gesetzlichen Vertretung angewiesen. Dies schränkt die Kinder in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts ein – insbesondere, wenn diese den Entscheid nicht unterstützen. Der Nationalrat strich den fraglichen Artikel aus der Vorlage.

Parlamentarische Initiative

13.468

Ehe für alle

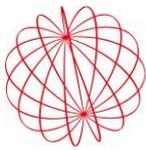
Die parlamentarische Initiative fordert den Gesetzgeber auf, alle rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften für alle Paare zu öffnen, ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollten heiraten können, und ungleichgeschlechtliche Paare sollten (wie in Frankreich) eine eingetragene Partnerschaft begründen können. Der vorgeschlagene Artikel 14 Absatz 2 der Bundesverfassung hält dies fest. Der Bundesrat will die heutige Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare beseitigen. Er unterstützt deshalb die Vorlage, welche die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) aufgrund dieser parlamentarischen Initiative ausgearbeitet hat. Im Nationalrat haben sich alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP für die Änderung des Eherechts ausgesprochen. Gleichzeitig sprach er sich für den Zugang lesbischer Ehepaare zur Samenspende aus. Es handelte sich um den umstrittensten Punkt der Vorlage. Die Rechtskommission hatte beantragt, das Thema Samenspende in einer separaten Vorlage zu behandeln, um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nicht zu gefährden. Nun ist der Ständerat am Zug.

Parlamentarische Initiative Kessler Margrit

15.434

Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Die Initiative verlangt, dass das Erwerbsersatzgesetz und das Obligationenrecht so angepasst werden, dass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. Der Initiative wurde bereits Folge gegeben.



Parlamentarische Initiative Müller Philipp

16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt. Der Ständerat hiess mit 26 zu 14 Stimmen die Anpassung des Asylgesetzes gut, die seine Staatspolitische Kommission (SPK) ausgearbeitet hatte. Der Nationalrat ist jedoch mit 112 zu 78 Stimmen bei einer Enthaltung nicht auf den Vorstoss eingetreten. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR lehnten diese Neuerung ab. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Parlamentarische Initiative Addor Jean-Luc

19.454

Schülerinnen und Schüler ohne Kopfbedeckung an öffentlichen Schulen

Mit der parlamentarischen Initiative soll eine Verfassungsgrundlage geschaffen werden, mit der durchgesetzt werden kann, dass an öffentlichen Schulen in unserem Land Kopfbedeckungen unzulässig sind. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt mit 17 zu 7 Stimmen, keine Folge zu geben. Der Mehrheit der Kommission geht die Forderung zu weit.

Motion Walliser Bruno

19.3027

Steuerfreie Kinderzulagen

Die Motion verlangt, die Kinderzulagen künftig nicht mehr zu besteuern. Bisherige Vorlagen mit diesem Anliegen wurden von Parlament und Volk stets abgelehnt. Der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung mit der Begründung, dass Kinderzulagen nach geltendem Recht als Bestandteil des Lohns behandelt werden und vollumfänglich besteuert werden, da sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der anspruchsberechtigten Person erhöhen.

Motion Wüthrich Adrian

19.3189

Einheitliche Regeln für den privaten Unterricht (Homeschooling)

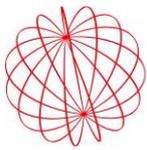
Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Mindestanforderungen festzulegen, nach welchen Eltern ihre Kinder im schulpflichtigen Alter privat, zu Hause unterrichten dürfen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

Motion Frei Daniel

19.3219

Qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten für qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Der Motionär stellt fest, dass Gutachten in der Praxis ein grosser faktischer Stellenwert zukommt, da sich die Behörden sehr häufig an den Einschätzungen und Empfehlungen der Gutachten orientieren und auch nicht immer über genügend Ressourcen verfügen, diese vertieft zu beurteilen und zu hinterfragen. Umso wichtiger sei es, dass Gutachten sorgfältig erstellt werden. Dafür brauche es eine Qualitätssicherung nicht nur bei der Anordnung und Würdigung von Gutachten, sondern auch bei deren Erstellung. Der Bundesrat empfiehlt die Motion abzulehnen.



Motion Feri Yvonne

19.3241

Drohung gegen Kinder soll von Amtes wegen verfolgt werden

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, den Entwurf einer Gesetzesänderung von Artikel 180 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) vorzulegen, welcher die Drohung gegen Kinder im häuslichen Umfeld zum Officialdelikt erklärt. Täter oder Täterinnen, welche Kinder im häuslichen Umfeld durch eine Drohung gemäss Artikel 180 StGB in Schrecken oder Angst versetzen, werden zurzeit nicht von Amtes wegen verfolgt. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Motion Rytz Regula

19.3869

Breit angelegte Präventionskampagne gegen Sexismus

Der Bundesrat wird ersucht, eine Präventionskampagne gegen Sexismus durchzuführen. Die Kampagne soll sich über mehrere Jahre erstrecken und über verschiedene Kanäle (Social Media, Plakate, Inserate, Kinospots usw.) eine Breitenwirkung erzielen. Um die Kampagnenbotschaft zu multiplizieren, sollen zudem gezielte Kooperationen mit Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Kultur gesucht werden. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, wobei Umfang und Mittel der Kampagne noch definiert werden sollen. Der Nationalrat hat die Motion mit 100 zu 81 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, jetzt ist der Ständerat am Zug.

Motion Baume-Schneider Elisabeth

20.3420

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Der Bundesrat wird beauftragt, pragmatische Lösungen für Unterstützungsmöglichkeiten und für die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vorzuschlagen, damit bei Krisen wie der Covid-19-Krise den Menschen ohne rechtlich geregelten Status geholfen werden kann (Sans-Papiers, Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung und/oder solche, die in Branchen wie der Hauswirtschaft, dem Gastgewerbe oder dem Baugewerbe arbeiten und einen prekären Status haben). Diese Menschen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Dies betrifft vor allem auch Kinder aus diesen Familien. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.

Motion SPK-NR

20.3924

Unterstützung von gewaltbetroffenen Geflüchteten in den Bundesasylzentren sicherstellen

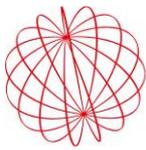
Der Bundesrat wird beauftragt, die fachliche Unterstützung im Bereich Opferidentifikation und Betreuung für gewaltbetroffene, traumatisierte Geflüchtete in den Bundesasylzentren und den Zugang zu externen Angeboten auszubauen, und dabei sicherzustellen, dass die Knappheit an spezialisierten psychologischen und insbesondere kinder- und jugendpsychiatrischen Angeboten behoben wird. Eine Minderheit der Kommission beantragt die Ablehnung dieser Motion, ebenso der Bundesrat. Aus seiner Sicht wird den bekannten Versorgungslücken bereits mit geeigneten Massnahmen entgegengewirkt.

Motion SPK-NR

20.3925

Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren. Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen und die aktuelle Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, welche mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag ausgestattet sind und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, bei einem negativen Asylentscheid vor der Rückkehr ins Herkunftsland ihre berufliche Grundbildung mittels einer verlängerten Ausreisefrist in der Schweiz weiterführen und abschliessen können. Eine Minderheit der Kommission beantragt, die Ablehnung dieser Motion, ebenso der Bundesrat.



Motion WBK-SR

20.4331

Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle

Der Bundesrat wird beauftragt, eine unabhängige nationale Anlauf- oder Meldestelle aufzubauen, bei der sich Athletinnen und Athleten unter Wahrung ihres Persönlichkeitsschutzes melden können bei jeglichen Missständen im Bereich Sport, sei dies bei physischer und psychischer wie auch sexueller Gewalt, Mobbing oder Machtmissbrauch. Eine Minderheit der Kommission beantragt, die Motion abzulehnen.

Postulat Feri Yvonne

18.4228

Zugang zu Verhütung für alle garantieren

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie der Zugang zu Verhütung in der Schweiz für alle garantiert werden kann. Der Bericht soll bestehende Hürden identifizieren und konkrete Möglichkeiten und Massnahmen aufzeigen, wie diese Hürden mit Fokus auf vulnerable Gruppen beseitigt werden können. Besonders zu berücksichtigen sind von Armut betroffene und von der Sozialhilfe abhängige Personen, Jugendliche, Gruppen von Migrantinnen und Migranten wie Flüchtlinge und Menschen mit Behinderungen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Postulat Feri Yvonne

19.3119

Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt

Die Postulantin beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie Daten zur Prävalenz und zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern, die auf Bundesebene, in den Kantonen und bei Kinderschützorganisationen vorhanden sind, zu einer Gesamtschau zusammengeführt und systematisch ausgewertet werden können, damit Lücken erkannt und behoben werden können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Postulats.

Postulat Bulliard-Marbach Christine

20.3185

Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung

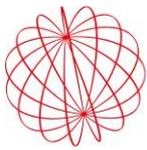
Der Bundesrat wird mit dem Postulat beauftragt zu prüfen und in einem Bericht darzustellen, wie der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im ZGB verankert werden kann. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zur Motion 19.4632 festgehalten, er sei bereit, im Rahmen eines Berichts zu prüfen, wie dem Anliegen, im ZGB den Grundsatz der gewaltfreien Erziehung zu verankern, am besten entsprochen werden kann. In diesem Sinne wird er mit diesem Postulat aufgefordert, diesen angekündigten Bericht auszuarbeiten und darin eine mehrheitsfähige Lösung vorzuschlagen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

Postulat Vara Céline

20.4166

Synthetische Pestizide. Hirntumore und Atemwegserkrankungen bei Kindern

Der Bundesrat wird mit dem Postulat beauftragt zu prüfen, ob es zweckmässig ist, Massnahmen zu treffen, um die Gesundheit von Kindern vor der Belastung durch synthetische Pestizide zu schützen. Zudem soll ein Bericht zu diesem Thema vorgelegt werden.



Standesinitiative TG

19.303

Integrationskosten

Der Kanton Thurgau reichte im Februar 2019 folgende Standesinitiative ein: Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist dahingehend zu ändern, dass die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts in dem Sinn relativiert wird, dass die Kosten, die Fremdsprachige durch mangelnde Integrationsbemühungen verursachen (Übersetzungskosten bei Elterngesprächen, Zusatzunterricht in der Schulsprache), den Verursachern auferlegt werden können. Hintergrund ist, dass Schulgemeinden Eltern dazu bewegen konnten, ihre Kinder in die Sprachspielgruppen vor dem Kindergarteneintritt zu schicken, indem sie androhten, für allfälligen Deutschunterricht Kosten zu erheben, wenn von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wird. Dieses Vorgehen hatte grossen Erfolg, sodass mehr Kinder gut vorbereitet in den Kindergarten eingetreten sind. Dadurch konnte auf einfache Art die bessere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund bewirkt werden. Ein Bundesgerichtsentscheid erachtete diese Massnahme aber als nicht verfassungskonform. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau fordert daher, über eine Standesinitiative die Verfassung schnellstmöglich anzupassen.

Petition

19.2033

Eine Lehre - Eine Zukunft

Die von der SPK-NR mit 16 zu 9 Stimmen angenommene Motion 20.3925 «Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren: Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid» beauftragt den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass in den Schweizer Arbeitsmarkt integrierte Asylsuchende mit Lehr- oder Ausbildungsvertrag bei einem negativen Asylentscheid vor der Rückkehr ins Herkunftsland ihre berufliche Grundbildung mittels einer verlängerten Ausreisefrist weiterführen und abschliessen können. Die Kommission gibt auf diese Weise der von «Eine Lehre – Eine Zukunft» eingereichten Petition Folge. Die Minderheit beantragt die Ablehnung der Motion.